

Schweizerisches Aktionskomitee gegen neue Lohnsteuern

Postfach 4006, 3001 Bern

Keine neuen Lohnsteuern!

Warum am 6. Dezember NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung?

Die Teilrevision der Krankenversicherung wurde in die Wege geleitet, um einen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu bringen. Dann wurde in einem «Hauruck»-Verfahren im Parlament plötzlich ein Mutterschaftstaggeld – finanziert durch neue Lohnsteuern – in die Vorlage eingebaut. Ohne jeden Anstoss von seiten des Volkes!

Gegen diese Lohnsteuern richtet sich unsere Opposition!

Kein Verfassungsauftrag!

Die Bundesverfassung sieht zwar eine Mutterschaftsversicherung vor. Damit ist aber nicht ein Taggeld-Obligatorium gemeint! Die Mutterschaftsversicherung ist bereits realisiert. Dies hat auch der Bundesrat wiederholt erklärt. Entsprechend hat das Volk am 2. Dezember 1984 eine obligatorische, durch Lohnsteuern finanzierte Mutterschaftsversicherung mit 84% Nein-Stimmen-Anteil wuchtig verworfen. Sämtliche Stände lehnten diese neue Lohnsteuer ab. Trotzdem nahm das Parlament die damalige Forderung wieder auf.

Dieser Missachtung des Volkswillens widersetzen wir uns!

Neue Steuern für die Erwerbstätigen!

Das vorgesehene Mutterschaftstaggeld verursacht 400 Millionen Franken Kosten! Zu bezahlen sind sie von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern mit neuen Lohnsteuern (0,4%). Während 16 Wochen würden pro Geburt Tagelder von insgesamt Fr. 3920.— im Minimum und Fr. 11760.— im Maximum nach heute geltenden Ansätzen ausbezahlt. Durch die Koppelung an die Erwerbersatzordnung für Militärdienst würden die Leistungen, noch bevor das Volk entschieden hat, auf mindestens Fr. 4650.— bis höchstens Fr. 13104.— heraufgesetzt.

Auch wer nie solche Lohnsteuern bezahlt, bekäme von diesen bei den Erwerbstätigen erhobenen Geldern!

Giesskanne statt Sozialpolitik!

Die Opposition richtet sich nur gegen das lohnsteuerfinanzierte Taggeld, nicht aber gegen die Mutterschaftspflegeleistungen, die den Bund 250 Millionen Franken kosten. Auch nicht gegen die Prämienvergünstigungen für Frauen, was ebenfalls mehrere hundert Millionen Franken ausmacht. Die Geburt eines Kindes würde aber mit Einführung des lohnsteuerfinanzierten Mutterschaftstaggeldes, unabhängig vom individuellen Wohlstand, subventioniert. Mit dieser ungezielten Verteilung von Subventionen wird keine sozialpolitisch erwünschte Wirkung erzielt.

Selbst wer in komfortabelsten Verhältnissen lebt, erhält diese Gelder, die auch von jenen erhoben werden, die ihr Einkommen dringend nötig haben!

Mutterschaft / Militärdienst: ein demagogischer Vergleich!

Militärdienst ist ein von der Verfassung vorgesehenes Obligatorium, dem sich jeder Schweizer zu unterziehen hat. Richtig ist daher, dass die Kosten durch die Mitbürgerinnen und Mitbürger getragen werden. Das ist die Begründung der Erwerbsersatzordnung. Die Mutterschaft aber liegt ausschliesslich in der persönlichen Verantwortung.

Der Vergleich zwischen Mutterschaft und Militärdienst ist also rein demagogisch!

Wehret den Anfängen!

Die 400-Millionen-Subvention ist nur ein Anfang! Ausbauforderungen sind bereits angemeldet! Es ist nur eine Frage der Zeit, wann neue Begehren, z. B. zur Finanzierung eines Elternurlaubes («Vaterschaftsurlaub») aufs Tapet kommen. Weitere Obligatorien stehen ins Haus...

Und dies natürlich mit entsprechend neuen Lohnsteuern!

So kann es nicht mehr weitergehen!

Die Sozialversicherungsbeiträge werden anfangs 1988 schon wieder erhöht (AHV/IV/EO). 1970 waren noch 8 Lohnprozente an die Sozialversicherungsobligatorien abzuliefern. Heute sind Abzüge vom Erwerbseinkommen in der Grössenordnung von 20% (!) notwendig.

Mit einem NEIN gebietet das Volk Einhalt!

Kontraproduktiver Kündigungsschutz!

Das Arbeitsverhältnis wäre während der ganzen Schwangerschaft und in den 16 Wochen nach der Niederkunft, somit während 13 Monaten, nicht kündbar. Diese Neuerung richtet sich gegen die zu Schützende selbst. Die mit dieser Hypothek im Arbeitsmarkt belastete Arbeitnehmerin wird gegenüber ihren männlichen Kollegen benachteiligt.

Sie wird also diskriminiert und nicht geschützt!

Deshalb:

Keine neuen Lohnsteuern!

NEIN

**am 6. Dezember
zur Änderung des Bundesgesetzes
über die Krankenversicherung!**

Schweizerisches Aktionskomitee gegen neue Lohnsteuern

Postfach 4006, 3001 Bern
